

Drucksache Bezirksverordnetenversammlung Pankow von Berlin

VIII-0979

AntragFraktion der SPD

Beratungsfolge: 30.10.2019 BVV

Ursprung: Antrag, Fraktion der SPD Mitzeichnungen:

BVV/027/VIII

Betreff: Bezirkliche Beratung für soziale Gewerbemietverträge schaffen

Die BVV möge beschließen:

Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, ein bezirkliches Beratungsangebot zum sozialen Gewerbe für private Immobilieneigentümer*innen und Kaufinteressent*innen im Bezirk zu schaffen. Zielsetzung ist es Immobilieneigentümer*innen dafür zu gewinnen, Gewerberäume zu günstigen Konditionen für soziale Angebote zu vermieten und Kontakte zu Trägern und sozialen Initiativen zu vermitteln.

Das Angebot und die Arbeit sind öffentlich bekanntzumachen.

Berlin, den 22.10.2019

Einreicher: Fraktion der SPD

BV Thomas Bohla, BV Roland Schröder

Begründung siehe Rückseite

Abstimmungsergebnis:	Abstimmungsverhalten:	
beschlossen	einstimmig mehrheitlich	
beschlossen mit Änderung abgelehnt zurückgezogen	Ja-Stimmen Gegenstimmen Enthaltungen	
überwiesen in den Ausschuss für mitberatend in den Ausschuss für sowie in den Ausschuss für		federführend

Begründung:

Auch private Gewerbeflächen haben einen hohen Stellenwert zur Sicherstellung von Angeboten sozialer Träger in der Kinder- und Jugendhilfe und für vielfältige Projekte in den Bereichen Soziales, Demokratie, Gleichstellung und Integration. Hier geht es sowohl um Räume für Einrichtungen und Projekte sozialer Träger, z.B. in der Kindertagesbetreuung, für Freizeiteinrichtungen und Beratungsstellen, als auch um Trägerwohnungen für Menschen in besonderen schwierigen Lebenslagen.

Es gibt in Pankow negative, aber auch viele positive Erfahrungen mit Immobilieneigentümer*innen und Gewerbemietverträgen für soziale Zwecke. Konkrete, sachkundige und verlässliche Informationen zu Rahmenbedingungen im sozialen Gewerbe durch den Bezirk können für Eigentümer*innen und Kaufinteressent*innen von Immobilen in Pankow neue Kooperationen mit sozialen Trägern ermöglichen und auch Konflikte vermeiden oder lösen. Eine entsprechende Anlaufstelle fehlt bisher im Bezirk.